Nummer 3 — Stuttgart, 16. Januar 1926 — 44. Jahrgang

B.I.T.-I.L.O. 15. I. 26 PÉRIODIQUES

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 50 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Berlin S. 14 — Postscheckkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Rötestraße 16
Fernsprecher Nr. 8800

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Zur Denkschrift der Industriellen

F. K. So ziemlich immer, wenn sich Wirtschaft, Politik oder die Finanz in Druck befinden, halten sich unsere Unternehmer für berufen, der Welt kund und zu wissen zu tun, wer oder was an dem wirklichen oder vermeintlichen Übel schuld sei und wie alles anders gekommen wäre, wenn, wenn ... Da nun jetzt die Wirtschaft in Not ist, hätte es ein helles Wunder genannt werden müssen, wenn unsere Unternehmer die Gelegenheit unbenutzt gelassen hätten, der Öffentlichkeit zu zeigen, was für schlaue Kerle sie waren und sind. So ist denn der Reichsverband der Deutschen Industrie prompt mit einer Denkschrift zur deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik erschienen. Er wendet sich damit an alle Kreise, an die Behörden und Parlamente, an die Arbeiter und Fabrikanten, an Erzeuger und Verbraucher. Die Schrift will die schädlichen Erscheinungen, die sich einer erfolgreichen Gütererzeugung entgegenstellen, kennzeichnen und sich bestreben, eine Reihe bestimmter Vorschläge zur Besserung zu machen. Sie soll die Unterlage für ein Wirtschaftsprogramm bilden, das von — allen Kreisen gebilligt wird. Das ist sicherlich ein schönes Ziel, aber auch ein himmelhohes.

Man muß gestehen, daß diese Unternehmerschrift, was Sprache und Tonart anbelangt, angenehm von den Denkschriften der Arbeitgeberverbände absticht. Deren Veröffentlichungen durchzulesen, kostet immer große Überwindung. Gleich aus den ersten Seiten steigt einem ein Dunst entgegen, der an die Hinterseite eines wilhelminischen Feldwebels gemahnt. Ihrer Dustigkeit schon ist es zuzuschreiben, daß man sich so wenig wie möglich mit ihnen befaßt und heilfroh ist, wenn man sie wieder aus der Hand hat.

Indessen, so vorteilhaft auch Sprache und Tonart für eine Schrift sind, die sich an die große Öffentlichkeit wendet, die Hauptsache sind sie natürlich nicht. Das Wichtigste ist ihr Geist wie das Gewicht ihrer Gedanken und Gründe, als auch die Wahrhaftigkeit derer, die sie vorbringen. Wie es damit bei der Denkschrift des Reichsverbandes steht, wird sich bald ergeben.

Die Schrift will, wie schon gesagt, die schädlichen Erscheinungen einer erfolgreichen Gütererzeugung aufdecken und Besserungsvorschläge machen. Als derartige Erscheinungen nennt sie den Unterschuß unseres Außenhandels, eine übermäßige Steuerbelastung, zu große Aufwendungen für Sozialpolitik, Steigerung des Zinssatzes, zu hohe Bahntarife, Hemmungen des deutschen Handels durch Zollschranken im Auslande und ähnliches mehr. Allein, dies alles, was da an wirtschaftlichen Hemmnissen aufgezählt wird, ist nun nicht gerade neu. Dergleichen wurde schon tausendmal angeführt, dabei wurde auch gleich gesagt, wer oder was die Ursachen dieser schädlichen Hemmnisse sind. Alle die genannten Übel sind, wie jedermann zugibt, Folgen des Krieges oder der Inflation und der Steuer- und Handelspolitik der allerjüngsten Zeit. Daß an dem Ausbruch oder doch an der Verlängerung des Krieges jene Industrieherren ein voll gerüttelt Maß von Schuld haben, die nach den nordfranzösischen Rohstoffvorräten und der flandrischen Küste gierten, wird wohl auch im Reichsverband der Industrie nicht ganz unbekannt sein. Die Inflation, die schamloseste Brandschatzung eines Volkes, ist mit dem Kabinett Cuno, das ist mit der Regierung der Vertrauensmänner von Industrie und Wirtschaft unzerreißbar verbunden. Und die jüngste, die nun vom Reichsverband als schädlich beklagte Steuer- und Zollpolitik wurde von der Regierung Luther-Schlieben, das ist von den ausgesprochenen Vertretern der großen Industrie und der Landwirtschaft verübt. Demnach sind die Kreise, die den Krieg durch ihre Beutegier verlängerten und die hinter den Regierungen Cuno und Luther-Schlieben standen, für die oben erwähnten wirtschaftsschädlichen Erscheinungen, für den überaus elenden Zustand unserer Wirtschaft in sehr hohem Grade verantwortlich zu machen. Und diese verantwortlichen Kreise sind zum guten Teil im Reichsverband der Deutschen Industrie vereinigt.

Die Tatsache, daß der Reichsverband die schädlichen Erscheinungen unseres heutigen Wirtschaftszustandes aneinanderfügt, läßt einen annehmen, er wolle auf diese Weise aller Welt die Schädlichkeit seiner Politik offenbaren. Nötig war eine solche Offenbarung nun allerdings nicht, denn über die Unheilvolle seiner Politik war man sich in volkswirtschaftlich denkenden Kreisen längst klar. Für deren Erkenntnis sprechen unter anderm die vielen Warnungen, Vorschläge und Anträge der sozialistischen Partei- und Gewerkschaftsleitungen. Diesen fehlte leider die Macht, um sich durchzusetzen. Die Macht hatten die Parteien der Industriellen und der Großgrundbesitzer. Solange deren Vertrauensleute aber die Regierungsbank wärmten, blieb der Reichsverband verdächtig stumm. Er hatte nichts in Erinnerung gegen die staatliche Finanzmißwirtschaft, nichts gegen den Aderlaß am Wirtschaftskörper durch den Fiskus, nichts gegen die Zollpolitik; kurz er war völlig einverstanden mit all den Verderblichkeiten, die von der Regierung ausgeführt wurden. Und wenn behauptet werden sollte, daß der Reichsverband selbst die amtliche Mißwirtschaft eifrig befürwortet habe, so dürfte es noch seine Schwierigkeit haben, das zu widerlegen. Nun aber, nachdem seine oder seiner Vertreter Politik das deutsche Volk abermals in einen fürchterlichen Engpaß geführt haben, nachdem Millionen arbeitsloser Menschen auf der Straße liegen, die geschäftlichen Zusammenbrüche kaum noch gezählt werden können und es dem Unternehmertum selbst vor dem, was noch kommt, zu grauen beginnt, nun erst fängt der Reichsverband der Deutschen Industrie an, so weise zu reden wie Moses auf dem Sinai!

Obgleich eigentlich ein Personenkreis, der wirtschaftliche und politische Scherbenhaufen von erschreckender Höhe häuft oder sie doch hat häufen lassen, nicht recht zum Reformer geeignet ist, seien seine Vorschläge zur Besserung unserer Übel in aller Gewissenheit geprüft. Man muß das Gute nehmen, wo es geboten wird. Unsere Not ist zu groß, unsere nächste Zukunft zu düster, die Probleme, die zu lösen sind, zu zahlreich und zu schwierig, als daß man sich nicht verpflichtet fühlte, mit beiden Ohren hinzuhören, wenn Besserungsvorschläge gemacht werden. Und warum sollten die Leute, die eine so allseitig trübe Erfahrung hinter sich haben, nicht vielleicht doch etwas aus ihr gelernt haben?

Diese Erwägungen bestimmen uns, die Besserungsvorschläge des Reichsverbandes ohne Voreingenommenheit zu betrachten. Er schlägt vor, daß fortan größte Sparsamkeit in den öffentlichen Haushalten geübt werde mit dem Ziel, die Istausgaben von 1924 um mindestens 20 vH zu kürzen. Zu diesem Behufe werden verschiedene Forderungen aufgestellt, so die Verminderung der Steuern soweit, daß die Erzielung einer Rente nicht vereitelt wird; dann Beseitigung der Steuerfreiheit öffentlicher Betriebe, Zuführung von öffentlichen Geldern zu mäßigem Zins an die Kreditbanken, Überweisung der Sondergerichtsbarkeit einschließlich der gewerblichen Streitigkeiten an die ordentlichen Gerichte, schließlich auch Auflösung der Zwangswirtschaft, insonderheit der im Wohnungswesen.

Die Forderung nach größter Sparsamkeit in Reich, Länder und Gemeinden sowie nach Umgestaltung und Verbilligung der öffentlichen Verwaltung unterstreichen auch wir so dick wie möglich, zumal sie ja längst in unserer Wunschliste stehen. Man muß nur beklagen, daß der Reichsverband nicht schon damit kam, als seine Leute noch in der Regierung vollzählig beieinander waren. Außerdem hat er vergessen, im einzelnen zu sagen, wo mit der Sparsamkeit zu beginnen ist. Soll es künftig keine Millionenspenden an die Schwerindustriellen mehr geben, die unerhört hohen Pensionen an die Offiziere der alten Armee gekürzt, die abgedankten Fürsten nicht mehr fett gefüttert, die Mästung des Militarismus eingestellt werden, so sind wir damit vollkommen einverstanden. Allerdings ist es eine weit offene Frage, ob der Reichsverband der gleichen Meinung ist.

Mit den oben gegebenen Proben sind natürlich die Forderungen des Reichsverbandes noch lange nicht erschöpft. Er macht noch verschiedene, die Arbeiterschaft insonderheit angehende Forderungen. Vor allem verlangt er, daß sich die soziale Fürsorge in Grenzen zu halten habe, daß die Empfindung der eigenen Verantwortung des einzelnen für sich und seine Familie nicht zerstört und daß die Belastung durch die soziale Fürsorge in regelmäßigen Zeitabschnitten von Amts wegen überprüft und der jeweiligen Wirtschaftslage angepaßt werde. — Ja, die erste Forderung ist, wie man vermeinen möchte, ja heute doch schon verwirklicht. Denn wenn jeder Arbeiter von seinem magern Lohn Woche für Woche für den Fall von Krankheit, Erwerbslosigkeit und Alter steuert, so ist das nichts als der Ausdruck eines hohen Verantwortungsgefühls des einzelnen für sich und seine Familie. Oder meint der Reichsverband, was wahrscheinlich ist, daß die heutige (zu geringe) Aufwendung für soziale Zwecke zu hoch sei, dann würde er aufs neue beweisen, daß unsere Industriellen noch immer keinen Dunst von sozialem Verständnis haben und daß die gewerkschaftlichen Anstrengungen verdoppelt werden müßten, sie verständig zu machen.

Staatsstreich und Kohlenwucher

Die Deutsche Bergwerkszeitung, bekanntlich ein Sprachrohr der Schwerindustriellen, veröffentlichte dieser Tage eine recht gute Würdigung des vor genau 150 Jahren erschienenen Buches des berühmten schottischen Nationalökonomen Adam Smith. Seine Lehre beruht darauf und gipfelt darin, daß ein jeder durch Verfolgung seines eigenen Vorteils auch der Gesamtheit am besten diene und nütze. Selbstverständlich erkennt die DB diese Lehre nicht als richtig an, und es sei hinzugefügt, daß der Sozialismus ungefähr das genaue Gegenteil besagt: durch Verfolgung der Interessen der Gesamtheit wird auch der Vorteil jedes einzelnen am besten gewahrt. Zum mindesten ist dies die Richtschnur aller gewerkschaftlichen Tätigkeit. So sehr nun aber die DB theoretisch der Lehre Adam Smiths widerspricht, so läßt sich doch nicht verkennen, daß in der Praxis gerade sie und die von ihr vertretenen Bergkapitalisten jene Lehre wieder aufgenommen haben. Begründen sie denn nicht ihre Forderung verkürzter Löhne, verlängerter Arbeitszeit usw. fort und fort mit der Behauptung, dies alles sei „im Interesse der Gesamtheit" notwendig? Sie glauben also — oder behaupten es wenigstens —, daß sie durch Wahrnehmung ihres eigenen Vorteils am besten der Gesamtheit nützen. Und den Jahreswechsel hat die DB benutzt, um dies wieder einmal mit seltener Offenherzigkeit vor aller Welt zu betätigen.

In ihrem Neujahrsartikel nämlich fordert sie mit klaren und dürren Worten zum Staatsstreich auf. Sie schreibt da Dinge, die zweifellos sofort den Oberreichsanwalt und den Staatsgerichtshof in Bewegung gesetzt hätten, wenn sie in einem links gerichteten Blatte ständen. Man koste zum Beispiel die folgende Probe. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat, wie man weiß, vor kurzem wieder mal eine Denkschrift veröffentlicht, die eine Wiederholung seiner oft gehörten Ansichten und Forderungen enthält. Damit, so sagt die DB, habe er eine Grundlage zur öffentlichen Erörterung gegeben. Macht die Öffentlichkeit von dieser Grundlage keinen Gebrauch, dann, so heißt es wörtlich, „ist die Wirtschaft frei in ihren Entschließungen".

In der Sprechweise unserer Großkapitalisten bedeutet der Ausdruck „die Wirtschaft" bekanntlich die paar Dutzend Großindustrielle. Und so ist der Sinn obigen Satzes ganz klar und eindeutig der: wenn die verfassungsmäßigen Organe des Reichs nicht das tun, was die Großindustriellen verlangen, dann werden sich diese an kein Gesetz und an keine Verfassung mehr gebunden erachten. Und damit nur ja kein Zweifel sei, daß es wirklich so gemeint ist, folgt eine lange Vorschlagsliste von Maßnahmen, welche „die Wirtschaft" ergreifen könnte, und die sämtlich in Widerspruch zu Gesetz und Verfassung stehen. Gleich der erste Vorschlag lautet:

„daß eines Tages im stillschweigend oder offiziell gegebenen Auftrag der gesamten deutschen Wirtschaft irgend ein Wirtschaftsführer diktatorisch im vollen Bewußtsein der daraus entstehenden Konsequenzen erklärt, daß ... die Berufsstände die Regelung ihres Geschicks selbst zu bestimmen gezwungen seien."

Ja, sogar das ist der DB noch nicht rückhaltlos genug. Sie spricht weiterhin von einer „planmäßigen Befreiung der Wirtschaft von allen staatlichen Zwangseingriffen" und von der „bewußten Beschneidung der staatlichen Ausgaben". Diese letztere, meint sie,

„könnte auf legalem Wege schon jetzt in Angriff genommen werden".

Da das Wort „legal" in der DB selbst unterstrichen ist, so liegt darin: sonst werden es die Kapitalisten auf illegalem Wege, unter Mißachtung des Gesetzes, tun. Zu allem Überfluß ist der Aufsatz überschrieben: „Der Mut zur Tat. Ziel und Weg für 1926." Also die Aufforderung zu einer bestimmten Tat, nämlich im Jahre 1926 Gesetz und Verfassung gewaltsam umzustürzen. War es zuviel behauptet, daß eine solche Aufforderung in einem links gerichteten Blatte schon längst den Staatsgerichtshof auf die Beine gebracht hätte?

Und was hat das alles mit der Lehre von Adam Smith zu tun? Folgendes. Jene Lehre gipfelt in dem Satz: „Bereichert euch soviel wie möglich, damit dient ihr am besten dem Gemeinwohl." Nun hat zur selben Zeit, am 31. Dezember, die Frankfurter Zeitung einen Artikel über die deutsche Kohlenkrise veröffentlicht, der wieder einmal an der Hand von Tatsachen beweist, wie gerade die Leute, in deren Belang die DB zum Staatsstreich aufruft, das deutsche Volk in der unverschämtesten Weise auswuchern. Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat bestimmt die Preise der Ruhrkohle und damit die Preisgrundlage für alles, was in Deutschland erzeugt wird. Hier wäre also die Stelle, wo man anfangen müßte, wenn man wirklich eine allgemeine Preissenkung erzielen wollte. Was aber tut das Syndikat? Für Koks verlangt es im Inland 22 bis 23 ℳ, während es ihn nach Frankreich zuerst für 19, jetzt für 17,50 ℳ liefert!

„Selbst hierbei (d. h. bei 17,50 ℳ) erzielt der Bergbau zweifellos noch einen erheblichen Gewinn in Anbetracht der hochwertigen Nebenprodukte."

Nun wissen wir aus einer früheren Veröffentlichung (siehe den Aufsatz Patriotismus in unserer Nr. 49 vom 5. Dez. 1925), daß das Rhein.-Westfäl. Kohlensyndikat behauptet, beim Auslandsgeschäft müsse es sich nach den Preisen des englischen Wettbewerbs richten, wenn es nicht auf dieses Geschäft verzichten und damit abermals 130 000 Bergleute brotlos machen wolle. Dazu bringt die Kölnische Zeitung eine Illustration. Sie zeigt in einer Zahlentafel, daß die verschiedenen Sorten der Ruhrkohle um 19 bis 30 vH billiger ins Ausland gehen, als sie im Inland verkauft werden. Ja, nach Skandinavien geht sogar eine Kohlensorte für 5,50 ℳ, die innerhalb Deutschlands 13,50 ℳ kostet. Das ist ein Unterschied von 59 vH! Wie wäre es, wenn das Syndikat auf dieses Auslandsgeschäft tatsächlich verzichtete und statt dessen dieselben Kohlen innerhalb Deutschlands nur um die Hälfte bis drei Viertel jenes Unterschiedes billiger verkaufte? Sie würden ihm restlos abgenommen werden und es bekäme mehr dafür als im Ausland.

Aber nein, es heimst [illegible] seine Machenschaft, die ihm maßlose Preistreiberei im Inlande gestattet, offenbar noch gro[illegible] Gewinne ein. Wie wenig es daran denkt, dem deutschen [illegible]raucher, dem „Volksgenossen" die Kohle billiger zu liefern, [illegible]r zeugen noch die folgenden, von der Frankfurter Zeitung in Erinnerung gebrachten Tatsachen.

Auf den Halden des Ruhrbezirks liegen immer noch 9 Millionen Tonnen. Warum stößt man sie nicht zu geringerem Preise ab, schon um den Platz freizukriegen und um die Zins- und Materialverluste und di[illegible] Unterhaltungskosten zu sparen? (Welche Verluste und Kosten [illegible] die Frankfurter Zeitung auf 36 Millionen Mark im Jahr vera[illegible]schlagt!) Sie werden zurückgehalten, damit die anderen Kohlen um so teurer verkauft werden können.

Von März bis November v. J. ist die Leistung der Ruhrbergleute — nach den eigenen Schätzungen des bergbaulichen Vereins, das heißt der Unternehmer — von 902 auf 1000 Kilogramm gestiegen, was eine Ersparnis von 1,13 ℳ die Tonne ergibt. Die Bergleute sind auf die Straße geworfen, die Ersparnis stecken die Unternehmer ein, von Verbilligung der Verkaufspreise ist keine Rede.

Während der Zeit des Ruhrwiderstandes sind die Aufschließungs- und Vorrichtungsarbeiten in sehr großem Umfange auf öffentliche Kosten erfolgt. Das Reich hat sie bezahlt. Den daraus entspringenden Rebbach stecken wiederum die Unternehmer ein, die Kohlen geben sie aber darum nicht billiger her, sondern haben sich statt dessen noch 715 Millionen Mark „Entschädigung" zahlen lassen für ihre großen Opfer im Ruhrkampf!

Mit einem Wort, sie ehren Adam Smith durch ihre Taten. Bereichert euch! Das ist die Parole, die sie befolgen. Und wenn der Staat und die Arbeiter nicht einsehen wollen, daß dies nur „zum allgemeinen Besten" geschieht, dann drohen sie mit dem gewaltsamen Umsturz.

Nun soll gar der Aufwand für soziale Zwecke von Zeit zu Zeit nach der jeweiligen Wirtschaftslage festgesetzt werden. Etwas Unsinnigeres ist schwerlich zu denken. Die Verwirklichung des Vorschlags würde bedeuten, daß in regelmäßigen Zeitabschnitten in allen Industrien und Werkstätten ein heftiger Streit über die Höhe der sozialen Ausgaben anhöbe, was die Arbeitsruhe und Schaffenslust kaum fördern dürfte.

In dem Abschnitt über Lohn und Arbeitszeit meint der Reichsverband, nominelle Lohnerhöhungen bedeuteten keine Stärkung der Kaufkraft, ihre Stärkung müsse in der durch erhöhte Leistung und rationelle Betriebsführung ermöglichten Verbilligung der Arbeitsprodukte gesucht werden. Es kommt uns fast vor, als wenn wir dergleichen schon einmal gelesen hätten, wobei wir wohl auch gleich vernahmen, was das Unternehmertum zu seinem Teil an der höhern Leistung beizutragen hat. Noch weniger erbaulich ist die Forderung: „Die Anwendung des Achtstundentages darf nicht schematisch sein... Die betriebliche Regelung der Arbeitszeit im Einvernehmen mit der Belegschaft darf durch öffentlichen Zwang nicht unterbunden oder gehemmt werden." Was mit dieser Forderung beabsichtigt ist, liegt auf der Hand. Sie zielt auf die Beseitigung der mit schweren Opfern bezahlten gewerkschaftlichen Errungenschaften, auf die Verlängerung der Arbeitszeit ab. Womit man wohl die Schaffenslust der Arbeiterschaft heben, den Wirtschaftsfrieden fördern, die industrielle Leistungsfähigkeit steigern will.

Wie man sieht, verlangt der Reichsverband nur Opfer von den andern zur Behebung unserer schweren wirtschaftlichen Nöte. Was er selbst an Opfern bringen will, hat er wohlweislich vergessen, zu sagen. Sogar bei der Frage der Preiskartelle, das ist bei der organisierten Preistreiberei, beschränkt er sich auf Wendungen, die auf eine Festigung dieser Hemmnisse der Warenverbilligung und Wirtschaftsreinigung hinauslaufen.

Die Denkschrift ist im Grunde nichts, als eine Sammlung von Rezepten wirtschaftlicher Medizinmänner oder Eisenbärte; eine Aneinanderreihung von Forderungen und Vorschlägen, die zum Teil weiße Salbe sind, zum Teil die Wirtschaftsnot nur noch verschlimmerten, wenn sie verwirklicht würden.

Der Reichsverband will die soziale Fürsorge beschränken — so daß die Opfer von Krise, Krankheit, Alter und Unfall in ihren schwersten Leidenstagen noch ärger zu leiden haben. Er verlangt öffentliche Gelder zu billigem Zins — so daß die Steuerlast der Masse noch erdrückender wird. Er fordert Verlängerung der Arbeitszeit — so daß die Arbeiter noch mehr abgerackert werden und noch mehr Erwerbslose die Straßen bevölkern. Er strebt nach einer Kürzung der Lohnsätze — so daß die Kaufkraft der arbeitenden Millionen noch weiter sinkt, der Warenabsatz noch mehr stockt, kurz die Krise noch schlimmer wird. Nur eins sagt die Denkschrift nicht, nämlich was das Unternehmertum, die besitzende, die opferfähige Klasse beizutragen hat, um der Not zu steuern. Eine Vergeßlichkeit von unbezahlbarer Beredsamkeit!

Warum aber will der Reichsverband die Millionen arbeitenden Menschen, den wertvollsten Teil des Volkes, noch mehr ausmergeln, noch schärfer ausbeuten, noch ärger brandschatzen, noch schwerer belasten? Um die Wirtschaft zu retten? Ist aber eine Wirtschaft, die nur um solchen Preis bestehen kann, der Erhaltung überhaupt wert? Wir verneinen die Frage ganz entschieden. Diese Wirtschaft, die kapitalistische, hat versagt, ihre Aufgaben zu erfüllen, und sie versagt mit jedem Tage mehr. Sie bedeutet nur noch ein Übel, eine unerträgliche Last, sie vermag sich bloß durch steigende Entbehrung immer zahlreicherer Menschenhaufen fortzuschleppen. Und die Träger und Nutznießer dieser Wirtschaft wissen kein einigermaßen menschliches Mittel zu ihrer Belebung anzugeben, wie die Denkschrift des Reichsverbandes einmal mehr bezeugt. Die kapitalistische Wirtschaft hat ihr Daseinsrecht verwirkt. Was an uns liegt, werden wir tun, um an ihre Stelle eine andere, eine bessere zu setzen.

Wirtschaftliche Spiegelbilder von 1925

Der deutsche Arbeitsmarkt des Jahres 1925 bietet ein treffendes Bild der Wirtschaftsverhältnisse überhaupt. In den Zahlen der Arbeitslosen spiegelt sich das tragische Geschick von lebenden Menschen, deshalb muß gerade diese Sache die ernsteste Beachtung verdienen. Es wurden Vollerwerbslose im Reiche gezählt:

		ob der Gewerkschaftsmitglieder
Anfang Dezember 1924	436607	8,1
„ Januar 1925	535529	8,1
„ März 1925	540460	5,8
„ Mai 1925	319685	3,6
„ Juli 1925	195582	3,7
„ September 1925	230727	4,5
„ November 1925	808961	10,5
„ Dezember 1925	869130	—
Mitte „ 1926	1057051	—

Die Zahlen betreffen, wie gesagt, nur die Vollerwerbslosen. Die wirkliche Arbeitslosigkeit kommt da nicht zum Ausdruck. Ausgesteuerte, Familienangehörige usw. bekommen bekanntlich keine Unterstützung. Ferner fehlt in dieser Aufstellung die Zahl der Kurzarbeiter. Daß seit Mitte Dezember sich die Arbeitslosen noch weiter und in erschreckendem Maße vermehrt haben, ist genugsam bekannt. Man geht kaum fehl, wenn man sagt, daß sich mehr als die Hälfte der deutschen Industriearbeiterschaft mit Minderverdienst oder gar keinem Einkommen begnügen muß. Ein schauriges Bild. In diesen Elendszahlen spiegelt sich auch die Unfähigkeit der deutschen Industrie, den Produktionsapparat in Gang zu halten. Wußte man doch vielfach keinen anderen Ausweg, als die Arbeiter und Angestellten einfach auf die Straße zu werfen. Die Pflicht des Staates ist es, hier helfend einzugreifen, um das Elend wenigstens etwas zu mildern.

Die Preisbewegung im einzelnen zu verfolgen, würde zu weit führen. Wir wollen uns damit begnügen, den amtlichen Indexberechnungen Raum zu geben:

	Großhandelspreise	Lebenshaltungsindex
Durchschnitt 1913	100	100
Januar 1925	138,2	135,6
März 1925	134,4	136,0
Mai 1925	131,0	135,5
Juli 1925	134,8	143,3
September 1925	125,9	144,9
November 1925	121,1	141,4
Dezember (Mitte) 1925	122,5	—

Sehr wichtig für die Beurteilung des Ganges der Wirtschaft sind auch die Zahlen der Konkurse, Geschäftsaufsichten und Wechselproteste.

	Konkurse	Geschäftsaufsicht	Wechselproteste
Januar	798	256	—
März	776	309	2691
Mai	807	351	2585
Juli	797	375	3007
September	914	459	3989
November	1350	900	5660

Der Reinigungsprozeß der Wirtschaft beginnt sich, wie man sieht, zu vollziehen. Nur ist dieser ein sehr langsamer. Bei der ungeheuren Übersetzung der Industrie und des Handels wollen solche Zahlen wie die im November 1925 nicht viel besagen. Lehrreich ist die Statistik der Wechselproteste. Der Wechsel galt in der Vorkriegszeit als ein viel benutztes Zahlungsmittel, heute gehen viele zu Protest, das heißt sie können nicht eingelöst werden. Auch dies sind natürlich beredte Zeichen der Krise, wie sie am Jahresschluß einsetzte.

Daß die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeitskraft im Bunde mit den technischen Hilfsmitteln im Jahre 1925 sich erheblich hob, dürfte aus nachstehender Zusammenstellung hervorgehen:

Monat	Steinkohle	Braunkohle	Roheisen	Stahl
	in 1000 Tonnen			
1913 Monatsdurchschnitt jetz. Reichsgebiet ohne Saar	11729	7269	910	981
1925: Januar	11929	12375	910	1181
„ März	11412	12082	991	1209
„ Mai	10437	10426	961	1115
„ Juli	11240	11650	886	1031
„ September	11355	11949	735	880
„ Oktober	11950	12759	742	928
„ November	11190	11940	—	—

Diese Mengen wurden erreicht mit bedeutend weniger Anlagen und teilweise auch mit weniger Arbeitskräften. So ist die Arbeiterzahl im Ruhrbergbau von 472 605 im Januar 1925 auf rund 400 000 im November 1925 zurückgegangen, ohne daß die Förderung eine nennenswerte Abnahme erfuhr. Dasselbe Bild in der Schwereisenindustrie. Die deutsche Arbeiterschaft schuftete mit erhöhter Anstrengung, ohne daß dies in der Lohnhöhe, namentlich in obigen Industrien zum Ausdruck kam.

Vornehmlich die letzte Aufstellung läßt klar erkennen, daß es nicht am Fleiße der Arbeiterschaft gelegen, daß unsere Wirtschaft so arg auf den Hund gekommen ist. Schuld daran ist in erster Linie die kapitalistische „Ordnung", die fleißige Menschen vor überfüllten Warenlagern hungern läßt.

Die Berliner Handelskammer schloß ihren Jahresbericht mit folgenden Worten: „Wenn das wirtschaftliche Deutschland das Jahr 1925 ohne Bedauern scheiden sieht, so wird es ihm am Schlusse doch auch ein Gutes nachsagen müssen: daß es ein Lehrmeister gewesen ist für das, was zu tun, und für das, was nicht wieder zu tun ist." Diesen Satz sollte sich auch die Arbeiterschaft zu Herzen nehmen. Unablässige Stärkung ihrer Gewerkschaften und wahre Solidarität sind immer noch die einzigen Mittel, eine Wirtschaftskrise zu überwinden und eine bessere Wirtschaft aufbauen zu helfen.

•

Die Entwicklung des Wochenlohns

Die amtliche Statistik gibt den Wochenlohn bei regelmäßiger Arbeitszeit im November 1925 (gelernte Arbeiter) für den Bergbau mit 49 ℳ (46 ℳ im Oktober), für die Metallindustrie mit 46,2 (46,2), für die chemische Industrie mit 40,7 (40,5), für das Baugewerbe mit 55,4 (55,3), für das Holzgewerbe mit 46,2 (46,6) und für die Papiererzeugungsindustrie mit 32,6 (32,5) ℳ an. Für den ungelernten Arbeiter ergeben sich für den Monat November gegenüber Oktober im Bergbau 34,3 gegen 32,8, in der Metallindustrie 31,2 gegen 30,6 und für die chemische Industrie 34,4 gegen 34,2. Im Bau- und Holzgewerbe und in der Papiererzeugungsindustrie ist sich der Wochenlohn für den ungelernten Arbeiter bei regelmäßiger Arbeitszeit mit 45,2 bezw. 40,6 bezw. 29,3 ℳ gleichgeblieben. In der Textilindustrie erhöhte sich der Wochenlohn für männliche gelernte Arbeiter von 29,9 ℳ im Oktober auf 30,1 ℳ im November und für weibliche gelernte Arbeiter von 24 auf 24,1 ℳ. In der Brauindustrie trat für die gelernten Arbeiter für die genannte Zeit eine Steigerung von 47,8 auf 48 ℳ ein, in der Süßwarenindustrie von 41 auf 46,3 ℳ, in der Kartonnagenindustrie von 38,4 auf 38,5 ℳ für männliche Arbeiter und von 25,3 auf 25,5 ℳ für weibliche Arbeiter. Im Buchdruckgewerbe blieb sich der Wochenlohn (gelernte Arbeiter) bei regelmäßiger Arbeitszeit mit 46,1 ℳ gleich. Für die ungelernte Arbeiterin in der Kartonnagenindustrie erhöhte sich der Lohn von 20,9 im Oktober auf 21 ℳ im November und für den männlichen ungelernten Textilarbeiter von 25 auf 25,1 ℳ. In der Brauindustrie trat für den ungelernten Arbeiter eine Steigerung von 41,9 auf 42,1 ℳ und in der Süßwarenindustrie eine Steigerung von 35,4 auf 35,7 ℳ ein. Für das Verkehrsgewerbe (Reichsbahn) wird bei dem gelernten Arbeiter eine Steigerung von 43,1 auf 43,2 ℳ festgestellt, während der Wochenlohn für den ungelernten Arbeiter mit 33,3 ℳ gleichgeblieben ist.

•

Weitermästung des Molochs

Als gegen Ende des vergangenen Jahres der Reichsrat den Reichshaushalt für 1926 erörterte, wies Ministerialdirektor Sachs mit Recht darauf hin, daß die deutsche Wirtschaft unter harten Lasten seufze und daß Deutschland vor der Notwendigkeit stehe, diese Belastung zu mindern. Wörtlich führte der Vertreter der Regierung dann aus:

„Die bittere Not wird dazu führen, im Reichshaushalt, wo jetzt noch unter der Nachwirkung der Inflationsbegriffe mit leichter Hand Millionen ausgegeben werden, wie früher sorgsam nach Tausenden zu rechnen. Unter ihrem Zwang wird eine Einschränkung der Betätigung des Reiches selbst auf solchen Gebieten unerläßlich sein, denen in guten Zeiten freigebige Obsorge zuzuwenden selbstverständlich erscheinen konnte."

Wir haben für die Ausführungen des Regierungsvertreters Verständnis und sind auch der Auffassung, daß im Reichshaushalt merkliche Ersparnisse erzielt werden können, wenn man das will. Der Herr Ministerialdirektor aber scheint sehr gedächtnisschwach zu sein, denn ein andermal sagt er vor dem Reichsrat:

„Der Haushalt des Reichswehrministeriums zeigt einen Mehrbedarf von 63,4 Millionen Mark für das Heer und von 47,3 Millionen für die Marine. Eine Mehrausgabe ist vor allem durch die Ergänzung und Auffrischung der Bestände an Waffen, Munition und Heeresgerät entstanden. Hierfür sind 34 Millionen Reichsmark bereitgestellt. Neu gefordert sind Teilbeträge für den Bau von zwei kleinen Kreuzern, sechs großen Torpedobooten und einem kleinen Torpedoboot."

Dieser Teil der Ausführungen in der Rede des Herrn Ministerialdirektors steht in krassem Widerspruch zu dem oben angeführten Klagelied. Es ist geradezu bezeichnend, daß man gegenwärtig Geld für militärische und maritime Zwecke übrig hat, während man erklärt, den Geldsäckel des Staates für andere Zwecke schonen zu müssen. Damit stehen die geringen Summen in Einklang, die im Reichsetat für wissenschaftliche und wirtschaftswissenschaftliche Zwecke vorgesehen sind. Kurzsichtige Menschen bei uns weisen immer darauf hin, daß wir dem reichen Amerika auf vielen wissenschaftlichen Gebieten immer noch voraus sind. Das ist eine arge Täuschung. Heute mögen wir Amerika noch überlegen sein, aber in wenigen Jahren werden die Dollars, die Amerika in seine Forschungsarbeit steckt, die Zinsen bringen. Dann werden wir erst erfahren, was es wirtschaftlich heißt, Millionen für Kanonen und Kriegsschiffe zu verschwenden und wirkliche Bedürfnisse unseres wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Lebens zu vernachlässigen.

•

Krieg heißt ein Geschäft. Es wird allgemein angenommen, der Krieg sei nur für die Schwerindustriellen, Großlandwirte und ähnliche Geschäftemacher ein großer Rebbach gewesen, für die Herren in Uniform aber ein nachteiliges und gefährliches, weil sie ja ihr in so schönes Tuch gewickeltes Dasein aufs Spiel gesetzt hätten. Daß dies ein grosser Irrtum ist, legt ein früherer Militärbeamter, ein Rechnungsrat a. D., in der Münchener Post sehr überzeugend dar. Man vernehme, was dieser Kundige zu berichten weiß:

Der heilige Bürokratismus hat schon im Frieden den Krieg zu einem einträglichen Geschäft für die höheren Führer und ihre obersten Gehilfen gestempelt — ob die Betreffenden dies zunächst wollten oder nicht. Ganz enorm waren die Kriegsgehälter! Sie sind in „streng geheimen" Druckvorschriften, die wohl niemals ein Volksvertreter zu Gesicht bekommen hat, auch wenn er der Budgetkommission angehörte, bis ins einzelne geregelt gewesen. Am besten gestellt war natürlich der Führer einer Armee. Der Herzog von Württemberg (4. Armee) oder auch der bayrische Kronprinz (6. Armee) oder auch der preußische Kronprinz (ein dreißigjähriger Mann 1914!) — ihnen zählte der Zahlmeister ihres Stabes jeden Monat 5500 Goldmark auf den Tisch. Dazu kam das „einmalige Mobilmachungsgeld" von 3000 ℳ, das im Laufe des Krieges allerdings wiederholt zur Auszahlung gelangte. Macht in 4½ Kriegsjahren reichlich 300 000 ℳ aus! Dazu kam ein monatliches „Bürogeld" von 100 ℳ! Und (monatlich) 255 ℳ „Unkosten"!

Diese Darlegung läßt erkennen, daß der Groll der rotbehosten Herren über das Ende des Krieges und über den Verständigungsfrieden ehrlich gemeint ist. Denn je länger das Menschengemetzel dauerte, desto größer für sie der Rebbach. Wie bei uns, so war es natürlich auch jenseits der Grenze. Die Kriegsgewinnler mit und ohne Uniform wissen sehr wohl, was sie mit ihrem Gekreische gegen die „Dolchstoßler" bezwecken. Leider aber scheinen es die Millionen Leidtragenden der Blutkur weder zu wissen noch gewußt zu haben. Andernfalls hätten sie hüben und drüben den Kriegshetzern und Profitgenossen den Krieg allein machen lassen.

Was der Metallarbeiter von der Wärme wissen muß

Von Th. Wolff-Friedenau (Nachdruck verboten)

III.

Bedeutend höhere Temperaturen erzielt man freilich, wenn man dem Feuer statt gewöhnlicher Luft, die ja immer nur etwa zu einem Fünftel aus Sauerstoff besteht, reinen Sauerstoff zuführt. Während beispielsweise das Metall Platin im gewöhnlichen Feuer nicht zum Schmelzen gebracht werden kann, weil seine Schmelztemperatur eine außerordentlich hohe (etwa 1800 Grad) ist, die durch gewöhnliches Feuer nicht zu erreichen ist, wird mittels Sauerstoffgebläse eine Temperatur des Feuers von über 2000 Grad erzielt, bei der auch das Platin zum Schmelzen gebracht wird. Der Sauerstoff ist also die Voraussetzung jeder Verbrennung und jeder Wärmeentwicklung aus den Brennstoffen. Bei der Verbindung des Sauerstoffes mit dem Kohlenstoffgehalte der Kohle tritt jene Entspannung des letzteren ein, von der wir bereits sprachen und bei welcher die in der Kohle aufgespeicherte Sonnenwärme frei wird und als Verbrennungswärme in Erscheinung tritt. Bei der Verbrennung der Kohle verbindet sich ihr Kohlenstoff mit dem Sauerstoff zu einem neuen gasförmigen Körper, dem Kohlendioxyd, im gewöhnlichen Leben Kohlensäure genannt, die in dem bei der Verbrennung entstehenden Rauch enthalten ist.

Aber nicht nur in der Glut des Feuerherdes findet Verbrennung und Wärmeentwicklung statt, sondern auch in dem Körper eines jeden Lebewesens, eines jeden Tieres und eines jeden Menschen. Jeder Mensch braucht zu seiner Erhaltung und zur Leistung von Arbeit Wärme, und diese notwendige Körperwärme erlangt der Mensch durch Aufnahme von kohlenstoffhaltigen Nahrungsmitteln und durch ihre Verbrennung in seinem Körperinnern. Hierbei entsteht, wie bei jeder anderen Verbrennung, Wärme, wenn allerdings auch die Verbrennungswärme innerhalb des menschlichen Körpers nicht so hohe Temperaturgrade erreicht wie bei anderen Verbrennungen, etwa bei der Verbrennung des Holzes, der Kohle usw. an der Luft, sondern nur Temperaturen von etwa 37 Grad Celsius beträgt. Der Vorgang der Verbrennung und Wärmeentwicklung im menschlichen Körper ist folgender: Die kohlenstoffhaltigen Nahrungsmittel gelangen in zerkleinertem, gekautem Zustande in den Magen, wo sie von den Magensäften aufgelöst und in dieser Form in das Blut übergeführt werden; in die Lungen hingegen wird durch Atmung atmosphärische Luft aufgenommen, deren einer Bestandteil, der Sauerstoff, ebenfalls in das Blut gelangt, hier mit den gelösten Nahrungsstoffen zusammentrifft und sich mit ihrem Kohlenstoff verbindet, das heißt sie verbrennt. Bei dieser Verbrennung entsteht wie bei jeder anderen Verbrennung Wärme, die sich dem Körper mitteilt, während das materielle Erzeugnis dieser Verbrennung, die gasförmige Kohlensäure, die hier wie bei jeder anderen Verbrennung entsteht, beim Ausatmen ausgestoßen wird.

Dem Laien mag es merkwürdig erscheinen, diesen Vorgang als Verbrennung zu bezeichnen, da er gewohnt ist, bei einer Verbrennung immer eine Flamme oder wenigstens einen glühenden Körper zu sehen. Die Flamme oder das Glühen ist jedoch durchaus nicht das Wesentliche an der Verbrennung, sondern eine Verbrennung im chemischen Sinne ist jede Verbindung kohlenstoffhaltiger Stoffe mit Sauerstoff. Der Unterschied zwischen der Verbrennung im Körperinnern und der Verbrennung von Holz oder Kohle an der freien Luft besteht vielmehr darin, daß letztere Stoffe zu ihrer Verbrennung immer einer wesentlich höheren Temperatur — wenigstens etwa 500 Grad Celsius — bedürfen, bei welcher Temperatur die Körper zu glühen beginnen oder Flammen erzeugen, während die Verbrennung der Nahrungsstoffe im menschlichen Körper, wie bereits gesagt, schon bei viel niedrigerer Temperatur erfolgt. Die im Körperinnern erzeugte Wärme ist die Quelle aller Kraft und Arbeit des Menschen. Übrigens verbrennt auch die Kohle schon etwas bei gewöhnlicher Temperatur, und zwar ebenfalls ohne Flammenbildung und überdies in so geringem Maße, daß es kaum nachweisbar ist. Nur bei tiefer Dunkelheit kann man manchmal auf großen Kohlenhaufen schwache bläuliche Flämmchen sehen, die von der stattfindenden Verbrennung Kunde geben. Diese Art der Verbrennung, die in schwacher Maße schon bei gewöhnlicher Temperatur erfolgt, kann übrigens unter Umständen die Ursache der Selbstentzündung von Kohlenhaufen und dann die Ursache großer Brandkatastrophen werden.

Nunmehr wollen wir noch auf das letzte und für die gesamte heutige Metallindustrie hochwichtige Kapitel der Anwendung der Wärme für die Zwecke der menschlichen Arbeit und Technik eingehen, nämlich auf die Wärme als Triebkraft unserer Maschinen. Unsere Kraftmaschinen sind in der weitaus überwiegenden Mehrzahl Wärmekraftmaschinen, das heißt Maschinen, deren Triebkraft die Wärme ist. Unmittelbar sehen wir die Wärme als Triebkraft bei der Dampfmaschine, wo die Wärme durch die Verbrennung von Kohlen, Holz, Torf oder ähnlichen festen Stoffen im Feuerraum unterhalb des Dampfkessels erzeugt wird. Diese so erzeugte Wärme verwandelt das Wasser im Dampfkessel in Dampf von hoher Spannung, der auf den Kolben in dem Zylinder geleitet wird und durch seinen hohen Druck, den er auf den Kolben ausübt, diesen und damit die ganze Maschine in Bewegung setzt. Bei den Explosionsmotoren hingegen, wie etwa bei dem Motor eines Automobils, wird die treibende Wärme durch die Verbrennung flüssiger Brennstoffe, wie Benzin, Benzol, auch Spiritus usw. erzeugt. Zu diesem Zweck werden die flüssigen Brennstoffe zunächst vergast und die so entstehenden Gase mit Luft gemischt. Durch eine geeignete Vorrichtung, zumeist einen überspringenden elektrischen Funken, wird dieses Gemisch entzündet, wobei das Gasgemisch verbrennt, indem sich die Brennstoffgase mit der in ihnen enthaltenen Luft bezw. mit ihrem Sauerstoff unter hoher Wärmeentwicklung verbinden. Durch diese Wärme wird das Gas mit großer Kraft explosionsartig ausgedehnt; das sich ausdehnende Gas drückt mit großer Kraft auf den Kolben im Zylinder und setzt ihn und damit die ganze Maschine in Bewegung. Sowohl die Spannkraft des Wasserdampfes in der Dampfmaschine als die des Gasgemisches im Explosionsmotor wird also lediglich durch die durch Verbrennung erzeugte Wärme bewirkt, die also allein die eigentliche Triebkraft der Maschine darstellt und die gesamte von der Maschine gelieferte Nutzarbeit leistet.

Ähnlich verhält es sich auch bei allen anderen Wärmekraftmaschinen, so beim Spiritusmotor, der ganz ähnlich wie der Benzinmotor gebaut und ebenso ein Explosionsmotor ist; ferner auch bei den Gaskraftmaschinen, die als Brennstoff brennbare Gase, vor allem das gewöhnliche Kohlengas, verwenden, während die großen Hüttenwerke in den letzten Jahren dazu übergegangen sind, das aus den Hochöfen entweichende brennbare Gichtgas als Heizmittel für Gaskraftmaschinen zu benützen und damit gute Erfolge erzielt haben. In allen diesen Maschinen ist Wärme, die aus der Verbrennung von Heizstoffen entsteht, die treibende Kraft und damit die alles beherrschende Grundlage der gesamten Industrie geworden. Eine besondere Art der Anwendung

Umbildung in der Schwereisenindustrie

Die zur Schaffung eines Eisentrusts im Sommer und Herbst 1925 gepflogenen Verhandlungen, die ergebnislos abgebrochen wurden, sind vor kurzem aber auf Betreiben der Banken wieder aufgenommen worden. Damit ist eine ganz neue Lage gegeben. Wenn auch die Banken seither schon einen starken Einfluß auf das Wirtschaftsleben ausgeübt haben, so haben sie doch nicht in so auffälliger Weise in die inneren Angelegenheiten der Betriebe eingegriffen. Die großen Banken halten eben den Schlüssel für die Tore der Industriebetriebe viel stärker in der Hand als je zuvor. Nach dem ursprünglichen Programm sollte neben der Vertrustung der Schwereisenindustrie in produktionstechnischer Hinsicht jedem einzubeziehenden Hütten- und Walzwerk statt ein Vielfaches an Eisenprodukten nur eine eng begrenzte Anzahl von Fabrikaten zur Herstellung zugewiesen werden, also zugleich eine innere Rationalisierung vom größten Ausmaß und volkswirtschaftlich höchster Bedeutung vorgenommen werden.

Gegen ein solches Programm ist von unserem Standpunkt unter der Voraussetzung der Schaffung eines Kartellamtes und einer ausreichenden Unterstützung der Erwerbslosen nichts einzuwenden. Werden dadurch doch allein die Ersparnisse an Lagerkosten auf 40 Millionen Mark im Jahre geschätzt, ganz abgesehen von den anderen großen Vorteilen, die mit einer solchen Umstellung verbunden sind. Bei den nun wieder aufgenommenen Verhandlungen ist nicht zu ersehen, ob ihnen dieses weitgehende Organisations- und Produktionsprogramm zugrunde liegt. Nach dem bis jetzt Bekanntgewordenen scheint es sich mehr um die Schaffung einer neuen Aktiengesellschaft (Dachgesellschaft) mit dem beschränkten Ziel einer Quotenverteilung, dem Verkauf und der Preisfestsetzung durch eine zentrale Stelle zu handeln. Wie dem auch sei, die in der Schwereisenindustrie vor sich gehenden Veränderungen werden sich zunächst gegen die Arbeiter durch eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit auswirken. Von den Schwerindustriellen und den hinter ihnen stehenden Banken ist auch nichts anderes zu erwarten; denn beide sind für möglichst großen Profit und gegen den sozialen Fortschritt.

Es ist das Verhängnis der deutschen Industrie, daß sie während des Krieges und in der ihm nachfolgenden Inflationszeit treibhausmäßig aufblühte, sich ferner gegen die von weitsichtigen Sozial- und Wirtschaftspolitikern gemachten Vorschläge der Zusammenfassung und Umgruppierung hartnäckig verschloß. Die Krise muß sich deshalb in allen mit der Zeit nicht vorangegangenen Ländern und Industrien viel stärker auswirken, als es sonst der Fall zu sein brauchte. Die Umstellung selbst ist unvermeidbar. Sie wird sich auch dann zwangsmäßig weiter vollziehen, wenn die neuen Verhandlungen lediglich einen Wechselbalg im Ausmaß des alten Stahlwerksverbandes zutage fördern sollten. Zwangsläufig sind die Hüttenwerke, und nicht nur diese, sondern auch alle anderen Industrien zu Vereinfachungen und grundlegenden technischen Verbesserungen zwecks Erzielung von Höchstleistungen mit geringstem Aufwand an Zeit und Geld genötigt.

Die Durchführung der dreigeteilten Schicht in den Hochofenwerken und Kokereien hat den Prozeß der Umstellung beschleunigt. Da die dreigeteilte Schicht auch in Oberschlesien durchgeführt werden muß, besteht nur noch in zwei Hochofenwerken im Dillkreis und in den Werken am Mittelrhein die Zwölfstundenschicht. Hier ist meist das zaghafte Vorgehen der Aufsichtsbehörden daran schuld, daß die dreigeteilte Schicht noch nicht eingeführt wurde. Durch „Werkverträge", die einige Hüttenherren mit ihren Arbeitern unter Androhung der Stillegung abzuschließen versuchen, können behördliche Anordnungen mit gesetzgebender Kraft nicht abgegolten werden. Daß die Verkürzung der Schichtdauer ein Ansporn zur technischen Ausgestaltung der Hochofenwerke war, das gibt indirekt selbst die Bergwerkszeitung zu. Wäre die achtstündige Arbeitszeit allgemein beibehalten worden und hätte man den Ruhrabwehrkampf nicht bis zum völligen Zusammenbruch unserer Währung fortgesetzt, sondern schon damals planmäßig auf eine Modernisierung der deutschen Industrie hingewirkt, dann ständen wir heute besser da.

Nach der Zeitschrift Stahl und Eisen waren im November 1925 211 Hochöfen in Deutschland (mit dem Saargebiet) vorhanden. Davon waren 93 in Betrieb, 22 gedämpft, 67 in Reparatur und 29 zum Ausblasen bereit. Von den 93 in Betrieb befindlichen Hochöfen wurden im November täglich in 24 Stunden 47 780 Tonnen Roheisen erzeugt, im gleichen Monat des Jahres 1924 wurden mit 106 Hochöfen 43 700 Tonnen täglich erblasen. Es hat also eine ganz wesentliche Produktionssteigerung bei verminderter Hochofenzahl stattgefunden. Von Januar bis November 1925 betrug die Roheisenproduktion 9 460 688 Tonnen. Legt man dem Dezember die Monatsproduktion des Novembers 1925 (760 353 Tonnen) zugrunde, so ergibt sich für das Jahr 1925 eine Jahreserzeugung von 10 221 041 Tonnen gegenüber 7 812 231 Tonnen im Jahre 1924.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die deutschen Hochofenwerke bereits bei ihrer gegenwärtigen Verfassung bei Aufnahme des Vollbetriebes der gedämpften 22 sowie dem Hinzutritt der zum Anblasen umgebauten 29 Hochöfen zum mindesten die Produktion von 1911 mit 15 652 004 Tonnen Roheisen erreichen könnten. Es bedürfte nur der Absatzmöglichkeit für eine solche Menge. Doch daran mangelt es. Es kann zugegeben werden, daß augenblicklich die französische und belgische Schwereisenindustrie der deutschen erheblichen Wettbewerb auf Grund des Kursrückganges des französischen Franken macht. Ein Grund mehr für die geplante internationale Wirtschaftskonferenz mit dem Ziele der Anbahnung einer europäischen Wirtschaftsunion und stabilen europäischen Währungsverhältnissen.

Bei der Bewertung der Jahresproduktion von 1925 ist zu beachten, daß vor mehreren Monaten eine allgemeine Einschränkung der deutschen Roheisenerzeugung vorgenommen wurde, wobei nicht nur die Stillegung veralteter Hochofenwerke erfolgte, sondern auch bei den leistungsfähigeren Hochofenwerken eine Einschränkung zum Zwecke der Angleichung an den verminderten Bedarf und zur Hochhaltung der Preise erfolgte. Es wurde Roheisen erzeugt:

	in Hochöfen	Tonnen
August 1925	101	899 421
September 1925	96	734 985
Oktober 1925	93	741 741
November 1925	93	760359

Obwohl im September 3 Hochöfen mehr in Betrieb waren, wurden rund 26 000 Tonnen weniger erzeugt als im November. Das ergibt theoretisch einen Unterschied von 52 000 Tonnen, was ins Gewicht fällt. Dabei weiß man nicht, ob in dem Vergleichsmonat September bereits soviel Hochöfen gedämpft waren wie im November.

Aus diesem Stand der Dinge folgt, daß die Angaben der Bergwerkszeitung über die Vermehrung der Arbeiterzahl an den Hochöfen durch den Übergang von der zwei- zur dreigeteilten Schicht um 41,7 vH und die behauptete Senkung der Leistung je Mann und Schicht stark übertrieben und irreführend sind. Produktionsergebnisse in ungleichen Zeiten eignen sich nicht zu Vergleichen. Wenn die Hüttenherren infolge der Marktlage Maßnahmen zur Hochhaltung der Preise ergreifen und sich diese Maßnahmen in einer Einschränkung der Produktion auswirken, dann darf ihre Presse nicht gleichzeitig die Behauptung aufstellen, daß diese Produktionsminderung durch den Übergang von der zwei- zur dreigeteilten Schicht bedingt sei. Nach einer Feststellung der Bezirksleitung des DMV Essen beträgt die durch die Schichtveränderung bedingte Mehreinstellung von Arbeitern im Ruhrbezirk nur etwa 11 vH. Und bei voller Ausnützung der in Betrieb befindlichen und der zur Aufnahme des Betriebes umgebauten Hochofenanlagen wird eine erhebliche Produktionssteigerung zu verzeichnen sein. Daß ein Teil dieser Produktionssteigerung auf inzwischen erfolgte technische Verbesserungen zurückzuführen ist, haben wir nie bestritten. Wir betonten schon immer, daß mit der Verkürzung der Arbeitszeit technische Verbesserungen Hand in Hand gehen müssen, um höhere Ergebnisse zu erzielen. Damit verbessern sich auch die Aussichten der deutschen Wirtschaft auf Wiedergewinnung der verloren gegangenen Absatzgebiete.

Für die Opfer der Wirtschaftskrise und der verkehrten Wirtschaftsführung, der Vollerwerbslosen wie der Kurzarbeiter, muß ausreichend gesorgt werden. Vom Reichswirtschafts- und vom Arbeitsministerium muß verlangt werden, daß beide neben der rein büromäßigen Verwaltung führend und wegweisend zur Überwindung der doch schon lange sichtbar gewesenen Krise vorangehen. Neben einer vermehrten Vergebung öffentlicher Arbeiten ist eine großzügige, auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage aufgebaute Wohnungsbauwirtschaft in Angriff zu nehmen, um den Obdachlosen eine Wohnstätte, den hungernden Arbeitslosen eine neue Erwerbsquelle und der Industrie einen Antrieb zur leichteren Überwindung der gegenwärtigen Notzustände zu geben. Die Mittel dazu sind zu beschaffen. Man ziehe durch Reichsgesetz die Fürstengüter bis auf die Belassung einer, dem Notzustand des Volkes angepaßten Rente ein und verwende sie für die Linderung der Not des Volkes. Dann werden für ein gesundes Aufbauprogramm der deutschen Wirtschaft mit dem Ziel der Überwindung der Erwerbslosigkeit auch Gelder vom Ausland zu haben sein. Nicht des „Königs" Wohl, sondern des Volkes Wohl ist das höchste Gesetz.

G. R.

Internationale Solidarität

Im Frühjahr vorigen Jahres brach, wie hier wiederholt berichtet wurde, in Belgien ein Kampf der Metallarbeiter wegen eines angedrohten Lohnabzugs von 10 vH aus. Der Kampf ist dann, soweit die Maschinenindustrie in Frage steht, im großen und ganzen siegreich für die Arbeiter beendet worden. Nur in der Hüttenindustrie ging der Ausstand weiter, und es mögen daran auch heute noch an die 10 000 Mann beteiligt sein. Die Metallarbeiter der andern Länder haben ihren belgischen Kollegen tatkräftig beigestanden, weil sie wußten, daß eine Lohnkürzung in Belgien eine sehr nachteilige Wirkung auf die Lohnhöhe anderwärts ausüben muß. Inwieweit den belgischen Kollegen ausländische Hilfe zuteil wurde, geht aus einer Aufstellung des Mitteilungsblattes des Internationalen Metallarbeiter-Bundes (Nr. 9/10) hervor. Danach haben aufgebracht:

	Schweizer Franken
Dänischer Metallarbeiterverband	Fr. 40137,55
Deutscher Metallarbeiter-Verband	„ 153300,—
Britische Abteilung	„ 44411,50
Niederländischer Metallarbeiterverband	„ 10415,—
Italienischer Metallarbeiterverband	„ 1000,—
Berg- und Metallarbeiterverband Luxemburg	„ 1175,—
Norwegischer Metallarbeiterverband	„ 18710,—
Norwegischer Gießerverband	„ 457,50
Österreichischer Metallarbeiterverband	„ 29191,25
Schwedischer Metallarbeiterverband	„ 84554,25
Schwedischer Gießerverband	„ 2073,25
Metallarbeiterverband der tschechischen Republik	„ 18661,37
Rumänischer Metallarbeiterverband	„ 791,56
Schweiz. Metall- und Uhrenarbeiterverband	„ 81000,—
Verband der Metall- und Eisenarbeiter Ungarns	„ 5785,—
Zusammen	Fr. 386603,29

Direkt an den belgischen Verband wurden geschickt:

	Belgische Franken
Französischer Metallarbeiterverband	Fr. 13500,—
Niederländischer Metallarbeiterverband	„ 43500,—
Ungarischer Metallarbeiterverband	„ 6000,—
Metallarbeiterverband der tschechischen Republik	„ 55000,—

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Dänemark

In den letzten Monaten ist in Dänemark die Arbeitslosigkeit sprunghaft in die Höhe gegangen. Es gibt jetzt über 63 000 Arbeitslose, das heißt mehr als doppelt soviel wie im vorigen Jahre. Um der Arbeitslosennot entgegenzuwirken, legte die sozialdemokratische Regierung im Oktober dem Folkething (2. Kammer) einen Gesetzentwurf vor, der die Bewilligung von 16 Millionen Kronen aus Staatsmitteln als Zuschuß für die Vornahme von Notstandsarbeiten durch den Staat, die Gemeinden oder private Einrichtungen vorsieht. Das Gesetz wurde im Folkething angenommen, aber das Landsthing (1. Kammer), in dem die früheren Regierungsparteien noch die Mehrheit haben, widersetzte sich dem Entwurf in der vorliegenden Form. Die Bauernpartei beantragte, daß der Arbeitslohn bei derartigen Notstandsarbeiten, wofür Staatszuschuß geleistet wird, um 15 vH herabgesetzt werde oder die Arbeiter mit verkürzter Arbeitszeit arbeiten sollten. Nach langen Verhandlungen kam man überein, daß aus dem Arbeitslosenfonds 8 Millionen Kronen für die in der Regierungsvorlage angegebenen Zwecke Verwendung finden sollen. Dieser Betrag soll so verwendet werden, daß bei Notstandsarbeiten, die von den Behörden anerkannt worden sind, für jeden beschäftigten Arbeiter ein Zuschuß von 3 Kronen täglich gezahlt wird, außerdem kann zur Bestreitung der Ausgaben für Anschaffung von Materialien deutschen Ursprungs oder dänischer Verarbeitung ein Zuschuß bis zu [illegible] vH geleistet werden. Das jetzt angenommene Gesetz ist von weit geringerem Wert als der Regierungsentwurf, anderseits ist aber der von der reaktionären Bauernpartei gemachte Versuch, neue Grundsätze bei der Ausführung von Notstandsarbeiten durchzusetzen, gescheitert.

Ursache und Wirkung

Im Hinblick auf die Preisunterbietung (Dumping) hat der Britische Metallarbeiterverband der Regierung einen Vorschlag unterbreitet, in dem die Aufmerksamkeit des Ministerpräsidenten auf den beunruhigenden Zustand der britischen Stahl- und Eisenindustrie gelenkt und die Regierung ersucht wird, unverzüglich Schritte zu unternehmen, um die Einfuhr von Stahl und Eisen aus Ländern zu verbieten, deren Arbeits- und Lohnbedingungen unter denen Englands stehen. Dieser Vorschlag ist ohne Zweifel drastisch. Richtiger scheint es uns, wenn Großbritannien im Verein mit anderen wichtigen Industrieländern zunächst einmal das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag annähme, und so nicht nur die Arbeitsverhältnisse in diesen Ländern mit einem Schlag einheitlicher gestaltete, sondern auch noch bewirkte, daß alle Staaten, die die Inkraftsetzung des Washingtoner Abkommens von der Annahme durch die großen Industriestaaten und besonders Englands abhängig machen, ebenfalls zum Achtstundentag übergehen.

Kein Fabrikant würde bei gesundem Verstande behaupten, daß das billigste Rohmaterial gleichzeitig die besten Waren liefert. Warum dann das viele Gerede über die „Verbilligung der Arbeitskraft", über den Vorteil, den ein Sinken der Löhne [illegible] würde — wäre das nicht gleichbedeutend mit einem Sinken des inneren Marktes? Welchen Nutzen hat die Industrie, wenn sie so ungeschickt geleitet wird, daß sie nicht allen Beteiligten eine menschenwürdige Existenz zu schaffen vermag? Keine Frage ist so wichtig wie die Lohnfrage — die Mehrzahl der Bevölkerung lebt von Löhnen. Ihr Lebens- und Lohnstandard ist maßgebend für den Wohlstand des Landes.

Henry Ford.

---

findet die Wärmekraft bei einer neueren Art von Kraftmaschinen, bei der Turbine. Diese ist eine Dampfmaschine, doch wirkt hier der durch Wärme erzeugte gespannte Dampf nicht wie bei der Kolbendampfmaschine auf einen in gerader Linie hin und her gehenden Kolben, sondern unmittelbar auf ein Rad oder eine Trommel, die sich unter der Einwirkung des ausströmenden Dampfes in drehende Bewegung setzt. Diese Konstruktionsweise ist für viele Antriebszwecke, besonders für den Antrieb von Schiffsmaschinen vorteilhafter als die der Kolbendampfmaschine und hat der Turbine bereits ein großes und sich immer mehr erweiterndes Arbeitsgebiet erschlossen. Die Gas- und Explosionsmotoren, von denen wir oben sprachen, werden hauptsächlich in kleineren und mittleren Betrieben als Kraftmaschinen verwendet, für welche Zwecke sie gegenüber der Dampfmaschine verschiedene Vorteile bieten, vor allem billiger arbeiten als diese. In großen Betrieben ist hingegen nach wie vor die Dampfmaschine die wichtigste und weitaus am meisten gebrauchte Kraftmaschine, die hier billiger arbeitet als jede andere Art des Kraftbetriebes. Wenn man die Zahl der durch Dampfbetrieb und der durch andere Kraftmaschinen (Explosionsmotoren, Gaskraftmaschinen usw.) erzeugten Pferdestärken in Betracht zieht, so übertrifft die Dampfmaschine als industrielle Kraftmaschine die anderen Maschinenarten noch immer etwa zwanzigmal, wobei allerdings nicht nur die Dampfmaschinen der industriellen Betriebe, sondern auch die Lokomotiven der Eisenbahnen und die ungeheuren Schiffsmaschinen mit ihren ungezählten Millionen von Pferdestärken mit eingerechnet sind.

Aber nicht nur bei den Wärmekraftmaschinen, Dampfmaschinen, Explosionsmotoren, Gaskraftmaschinen usw., bei denen wir die Wärmekraft unmittelbar aus der Verbrennung der verwendeten Feuerungsmaterialien entstehen sehen, ist die Wärme die treibende Kraft, sondern mittelbar auch bei allen anderen Kraftmaschinen, gleichviel, welcher Art und Konstruktion sie sein mögen, wenn uns bei diesen auch die Wirkung der Wärme nicht so unmittelbar und anschaulich wie bei der Dampfmaschine entgegentritt. Das ist beispielsweise auch der Fall bei allen elektrischen Maschinen. Die elektrische Kraftmaschine, die Dynamomaschine, muß, um arbeiten und Elektrizität liefern und ihrerseits wieder andere Maschinen treiben zu können, selbst erst angetrieben werden, was in den meisten Fällen durch eine Wärmekraftmaschine (Dampfmaschine, Turbine usw.) geschieht. Mittelbar ist also auch die Wärme, mit der wir diese letztgenannten Maschinen treiben, die Kraft, mit der wir die elektrischen Maschinen treiben und aus der wir die Elektrizität erst gewinnen. Die auf diese Weise erzeugte Elektrizität ist also nur umgewandelte Wärme, die auch in diesem Falle ihre Rolle und Bedeutung als Kraft und Beherrscherin der gesamten technischen und industriellen Arbeit weiter behauptet. Ohne Wärme gäbe es keine Elektrizität, keine elektrischen Betriebe, keine elektrischen Kraftmaschinen.

Aber auch bei Wind- und Wassermühlen ist die Wärme die treibende Kraft, allerdings nicht die Wärme, die wir aus der Verbrennung unserer Feuerungsmaterialien gewinnen, sondern die Wärme der Sonne, der wir ja, wie bereits dargelegt, auch die Wärme aus unseren Brennstoffen verdanken. Während bei den Wärmekraftmaschinen die Sonnenwärme erst auf dem Umweg der Brennstoffe nutzbar gemacht wird, wirkt sie bei Wind- und Wasserkraftmaschinen mehr direkt. Der Wind entsteht durch die Sonnenwärme, nämlich dadurch, daß die auf die Erde gelangende Sonnenwärme einen Teil der Luftmassen erwärmt und dadurch ausdehnt; die wärmer und durch die Ausdehnung leichter gewordenen Luftmassen werden dann durch kältere und daher auch schwerere Luftmassen verdrängt, und auf diese Weise entsteht eine unaufhörliche Bewegung im Luftmeer, ein unaufhörliches Verdrängen wärmerer durch kältere Luftmassen, eine Bewegung, die wir je nach ihrer Stärke als Wind oder Sturm bezeichnen und die wir zum Betrieb von Windmühlen, Windturbinen oder sonstigen Windmotoren benützen.

Ebenso ist auch bei allen durch Wasserkraft betriebenen Maschinen die Sonnenwärme die eigentliche Triebkraft. Diese Maschinen werden durch herabfließende Gewässer getrieben, die alten Wassermühlen durch einen gemächlich fließenden Bach oder Fluß, die neueren Wasserturbinen durch die ungleich größere Sturzgewalt eines natürlichen oder künstlich geschaffenen Wasserfalles. In allen Fällen aber fließt Wasser von einer höheren nach einer niederen Stelle, und nur durch die herabfließende Bewegung ist es dem Wasser möglich, diese Maschinen zu treiben. Wer war es nun aber, der das Wasser auf die höhere Stelle brachte, so daß es durch Herabfließen von dieser höheren Stelle seine Fallkraft erlangen konnte? Das war und ist wiederum die Sonnenwärme. Diese erwärmt das Wasser an der Oberfläche der Flüsse, Seen und Meere und verwandelt es hierbei in Wasserdampf, der hoch emporsteigt und Wolken bildet. Bei erfolgender Abkühlung verdichtet sich dann der Wasserdampf der Wolken zu Regen, der alle Bäche, Flüsse, Ströme und sonstigen Wasserläufe speist, die durch ihr Herabfließen dann die Wasserkraftmaschinen treiben. Also war es die Sonnenwärme, die das Wasser als Dampf emporhob und ihm als Wasser der Wasserläufe seine Fallkraft verlieh; daher ist es die Sonnenwärme auch, die mittelbar alle durch Wasserkraft betriebenen Maschinen treibt.

Unmittelbar oder mittelbar ist also die Sonnenwärme die Ursache aller Bewegung, aller Kraftleistung und aller Arbeit innerhalb der gesamten menschlichen Technik, mögen die Apparate und Maschinen, durch welche wir die Wärme nutzbar machen und für unsere Arbeitszwecke verwenden, auch noch so verschieden sein und äußerlich nicht erkennen lassen, daß die Kraft, mit der sie arbeiten, von der Sonne stammt. Die Sonnenwärme ist unmittelbar und mittelbar auch die alles beherrschende Kraft im Arbeitsprozeß der gesamten Metalltechnik. Durch die Sonnenwärme erlangen die Brennstoffe, Kohle, Koks, Öl und alle sonstigen Stoffe, die zum Schmelzen, Glühen und Schmieden der Metalle benötigt werden, erst ihre Fähigkeit, Wärme zu entwickeln, die Wärme, die wir aus der Verbrennung der Feuerungsmaterialien auf dem Schmelz- oder Schmiedeherd gewinnen, ist also nur umgewandelte Sonnenwärme. Letztere ist es daher auch, die auf diesem Umwege die Metalle zum Schmelzen bringt und alle Erscheinungen bewirkt, die beim Schmelzen, Gießen und Schmieden der Metalle auftreten. Ebenso ist auch die Wärme, sei es unmittelbar als Verbrennungswärme der Feuerungsmaterialien, sei es mehr in mittelbarer Form als Wind- oder Wasserkraft, die treibende Kraft aller Kraft- und Werkmaschinen, die in der Metallbearbeitung wie überhaupt in der gesamten Industrie zur Anwendung kommen. Endlich ist die Sonnenwärme auch die Kraft, die unsere Nahrungsmittel bildet und so die Verbrennung und Wärme in unserem eigenen Körper bewirkt, also die Kraft, aus der auch der Metallarbeiter alle Körper- und Geisteskraft, die er bei seiner Tätigkeit aufwendet, hernimmt.

Wenn also der Metallarbeiter in die Glut des geschmolzenen Metalles blickt, das er in die Form gießt, oder wenn er das rotglühende Eisen, das er mit dem Hammer bearbeitet, oder die Glut unter dem Dampfkessel einer Dampfmaschine betrachtet, so mag er daran denken, daß die Wärme, die hier wie dort vorhanden und das wichtigste Arbeitsmittel der gesamten Metallbearbeitung ist, letzten Endes von der Sonne stammt.

Erwerbslose und Pflichtarbeit

Bei der jetzigen großen Arbeitslosigkeit versuchen sehr oft die Gemeindebehörden, ihre unterstützten Erwerbslosen mit Pflichtarbeiten zu beschäftigen, die nicht als solche angesprochen werden können. Wenn sich diese Erwerbslosen dagegen wenden, wird ihnen sehr oft die Entziehung der Unterstützung angedroht. Genaue Kenntnis der gesetzlichen Bestimmungen ist daher dringend notwendig. Es gelten für die Pflichtarbeit folgende Bestimmungen: Der § 14 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 besagt:

Unbeschadet der Vorschrift des § 13 hat der Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises, soweit die Gelegenheit dazu besteht, die Unterstützung von einer Arbeitsleistung abhängig zu machen. Die Arbeiten dürfen nur gemeinnützigen Charakter tragen. Als Arbeitsleistung kann auch eine Tätigkeit bei öffentlichen Notstandsarbeiten verlangt werden. Der Verwaltungsausschuß kann über die Dauer der Arbeitsleistung Bestimmungen treffen und hat dafür zu sorgen, daß den Erwerbslosen nur solche Arbeiten zugewiesen werden, die gemeinnützigen Charakter tragen und ihnen nach ihrem körperlichen Zustand zugemutet werden können.

Zu dieser Bestimmung der Erwerbslosenfürsorgeverordnung ist folgende Ausführungsvorschrift vom 2. Mai 1925 noch in Geltung:

Den Erwerbslosen dürfen nur solche Arbeiten zugewiesen werden, die sonst überhaupt nicht oder nicht zu dieser Zeit oder nicht in diesem Umfange ausgeführt werden würden.

Der Träger der Pflichtarbeit soll den Erwerbslosen für Mehraufwendungen, die ihnen bei ordnungsmäßiger Ausführung der zugewiesenen Arbeiten entstehen, aus eigenen Mitteln eine angemessene Entschädigung gewähren, die weder 50 vH der dem Erwerbslosen während der Dauer der Pflichtarbeit zustehenden Hauptunterstützung noch zusammen mit der auf die Dauer der Pflichtarbeit entfallenden Hauptunterstützung, die Vergütung, die der Pflichtarbeiter bei gleicher Arbeitsdauer als Notstandsarbeiter erhalten würde, übersteigen darf.

Die Arbeitsleistung des Pflichtarbeiters soll in der Regel 16 Stunden wöchentlich nicht übersteigen. Die Unterstützungsbeträge der Pflichtarbeiter und die Entschädigung, die ihnen gegebenenfalls für Mehraufwendungen gewährt wird, sind nicht als Entgelt im Sinne der Kranken-, Invaliden- oder Angestelltenversicherung anzusehen.

Nach diesen gesetzlichen Vorschriften sind nur wirklich gemeinnützige Arbeiten, also solche, die sonst überhaupt nicht oder nicht zu dieser Zeit oder nicht in diesem Umfange ausgeführt würden, als Pflichtarbeit anzusprechen. Solche Arbeiten in der Gemeinde, die notwendig sind, also verrichtet werden müssen, ganz gleich, ob Erwerbslose vorhanden sind oder nicht, dürfen nicht deshalb zu Pflichtarbeiten gestempelt werden, weil nun zufällig eine Anzahl Erwerbslose vorhanden sind. Wenn solche Arbeiten den Erwerbslosen übertragen werden, dann müssen diese als ordentliche Arbeiter mit dem tarifmäßigen Lohn bezahlt werden.

Weiter ist wichtig, daß die Pflichtarbeit in der Regel 16 Stunden in der Woche nicht überschreiten soll. Wesentlich ist noch, daß der Träger der Pflichtarbeit, also meistens die Gemeinde, den Erwerbslosen für Mehraufwendungen aus eigenen Mitteln eine angemessene Entschädigung außer der Erwerbslosenunterstützung zu gewähren hat. Diese Entschädigung darf 50 vH der Hauptunterstützung nicht übersteigen. Diese Bestimmung ist vielfach noch unbekannt und wird daher den Erwerbslosen, auch wenn sie Pflichtarbeit verrichten, nur die Erwerbslosenunterstützung gezahlt. Kann den Erwerbslosen Arbeit nachgewiesen werden, dann geht diese der Pflichtarbeit auf alle Fälle vor. Darüber, ob eine Arbeit als Pflichtarbeit anzusehen ist, ferner ob sie dem Erwerbslosen auf Grund seines körperlichen Zustandes zugemutet werden kann, entscheidet der Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises. Die Erwerbslosen tun gut, wenn sie die ihnen als Pflichtarbeit zugewiesenen Arbeiten genau auf ihre Eigenschaft als solche prüfen. Wenn sich dieserhalb Streitigkeiten mit der Gemeindebehörde ergeben oder auch wenn diese sich weigert, die Zahlung einer Entschädigung für Mehraufwendung zu leisten, reichen die Erwerbslosen Beschwerde beim Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises ein. Der Verwaltungsausschuß entscheidet über derartige Streitigkeiten.

H. Feldmann, Neuhaldensleben.

Bayrisch-christliche Arbeitsräte: Heil!

Zu Weihnachten ist in Bayern dreiundvierzig proletarischen Männern schweres Heil widerfahren: sie sind mit dem Titel „Arbeitsrat“ ausstaffiert worden. Eine derartige Ausstaffierung bedeutet einen gewissen Fortschritt. Vor jenem Tage, wo Seine Majestät allergnädigst abzurücken geruhte, wurden Titel zwar auch reichlich losgeschlagen, aber niemals an Arbeiter. Es wurden in jener für Spießburg & Co. so erhebenden Zeit bürgerliche Mannesseelen zu Kommerzien-, Sanitäts-, Regierungs-, Justiz-, Ökonomie-, Geheimen und Gott weiß nur, zu was sonst noch für Räten gemacht. In der Regel war es so, daß die Leutchen, die am wenigsten zu raten wußten, sondern des Rates am meisten bedurften, mit dem Titel „Rat“ bedacht wurden. Natürlich nicht umsonst. Die Leute, die sonst nichts waren und nichts zu raten vermochten, bedurften doch einer Bezeichnung, die sie scheinen ließ, als ob sie etwas seien und zu raten vermöchten. Wer einen dermaßen dringlichen Bedarf hat, muß dafür natürlich blechen. Da es nun aber in allen Kreisen und Konfessionen Biedermänner in Fülle gibt, die ihre Beschränktheit gern überkleistern wollen, so fanden sich unter den Titelhungrigen Juden und Christen in reicher Zahl zusammen. Sie zahlten gern und viel für den sehr notwendigen Beschränktheitskleister. Der monarchische Staat, ehrlich und rechtschaffen, wie er bekanntlich war, strich die von den Einfaltspinseln entrichtete Münze glatt ein. Auf diese Weise kamen alle Beteiligten auf ihre Kosten: der Staat erhielt Geld, die Dummen ihren Kleister und die Moral des monarchischen Staates ihren Ruf.

Der einstige Zustand scheint der bayerischen Regierung der Wiedereinführung wert. Aber da wir doch nun einmal, wie jedermann weiß, in einem völlig demokratischen Zeitalter leben, werden nun nicht nur bürgerliche Biedermänner mit Titeln bedacht, sondern auch Arbeiter. Natürlich darf, wenn Arbeiter betitelt werden sollen, die Geschichte nichts kosten, andernfalls wärs mit dem Geschäfterl aus. So hat die bayerische Regierung tatsächlich an 43 Arbeiter den Titel „Arbeitsrat“ verliehen, und noch dazu zu Weihnachten, wo artige Kinder doch auf ein Geschenkchen warten. Und wenn wir richtig unterrichtet sind, haben alle 43 Arbeiter das Geschenkchen angenommen. Womit klar bewiesen ist, daß die Dämlichkeit keineswegs ein Vorrecht der bürgerlichen Kreise ist.

Der Zweck der Titelverleihung an Arbeiter ist so durchsichtig, daß jeder Arbeiter, der nicht völlig vom Schmalzler benebelt ist, sich unmißverständlich dagegen zur Wehr setzen wird. Daß die freien Gewerkschaften das sofort, als sie Wind von dem edlen Geschäfterl bekamen, abgewandt haben, ist hier schon mitgeteilt worden. Selbstverständlich ist auch unter den Betitelten kein freigewerkschaftlich organisierter Mann. Dagegen haben sich christliche Gewerkschafter betiteln lassen. Einige von ihnen sollen sich zwar ebenso deutlich wie die freien Gewerkschafter den Unfug verbeten haben. Aber eben nur einige, die meisten der Bedachten scheinen nichts dagegen in Erinnerung zu haben. Es muß für die Schmalzlerkollegen eines „Arbeitsrats“ ein erhebendes Gefühl sein, mit einem so gemachten Herrn zusammenzuarbeiten oder gar von ihm einen Schmalzler zu bekommen. Die über Weihnacht zu so hohen Persönlichkeiten umgewandelten Proleten verdienen zweifellos Respekt, und nicht nur beim Schmalzlern, sondern auf allen Behördenwegen. Es wäre darum ratsam, wenn die christlichen Gewerkschaftszeitungen diese hohen Persönlichkeiten bekannt machten, damit ihnen von ihrer Kollegenschaft die gebührende Hochachtung erwiesen werden kann.

Konflikt in der Schwarzwälder Uhrenindustrie

Die Arbeiterschaft der Schwarzwälder Uhrenindustrie steht vor ernsten Auseinandersetzungen. Anfangs Dezember kündigte der Verband der Uhrenindustrie das seit 31. August 1925 bestehende Abkommen. Bei den am 8. Dezember in Donaueschingen ergebnislos verlaufenen Verhandlungen beantragten die Uhrenindustriellen einen Lohnabbau von 20 vH. Am Schluß der Verhandlungen gaben sie die Erklärung ab, daß sie vom 2. Januar 1926 an die Löhne in der Spitze um 6 ₰ und die Akkorde um 6 vH herabsetzen werden. Bei besonders „notleidenden“ Artikeln soll die Herabsetzung bis zu 10 vH ausgedehnt werden. Dies wurde auf Anweisung des Verbandes der Uhrenindustrie in allen Betrieben durch Anschlag mit dem Bemerken bekanntgegeben, daß der, der sich mit dem beabsichtigten Abzug nicht einverstanden erklären könne, am 24. Dezember kündigen solle.

Außer dieser Weihnachtsüberraschung bescherten die Uhrenindustriellen ihrer Arbeiterschaft noch etwas mehr. Sie schlossen ihre Betriebe vom 20. oder 24. Dezember bis zum 7. Januar. Dadurch sollte vorbeugend der Widerstand der Arbeiterschaft gegen den Lohnabzug abgeschwächt werden.

Der von den Gewerkschaften angerufene Schlichtungsausschuß Donaueschingen fällte am 22. Dezember einen Schiedsspruch, der eine Herabsetzung der Löhne in der Spitze um 2 ₰ und der Akkorde um 3 vH aussprach. Diesen Spruch lehnten die Unternehmer ab. Eine Konferenz der organisierten Uhrenarbeiter lehnte den Schiedsspruch gleichfalls ab. Mithin besteht vom 31. Dezember ab kein Lohnabkommen in der Uhrenindustrie mehr. Es bleibt abzuwarten, ob die Unternehmer die angekündigten Lohnabzüge überall durchführen werden. Die Gewerkschaften richten an die Arbeiterschaft die Aufforderung, den Maßnahmen der Industriellen Widerstand entgegenzusetzen.

Es ist kaum anzunehmen, daß die Lohnherabsetzung in den einzelnen Betrieben ohne Konflikte abgehen wird. In jedem Fall werden die Industriellen mit den Abzügen ein schlechtes Geschäft machen, denn sie schlagen nicht nur die Arbeitsfreude dadurch tot, sondern fordern auch die Arbeiterschaft geradezu heraus, in Zeiten besseren Geschäftsganges Gleiches mit Gleichem zu vergelten. So wird ein Konflikt den anderen ablösen und man wird nicht behaupten können, daß das für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie von Vorteil ist.

Diese Befürchtung hat auch der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses in der Begründung seiner Entscheidung ausgesprochen. Es heißt dort: „Er ist überzeugt, daß die von den Arbeitgebern beabsichtigte wesentliche Herabsetzung des Realeinkommens der Arbeiterschaft den Keim ernstlicher sozialer Unzuträglichkeiten und eines betriebsschädlichen Nachlassens der Arbeitsfreude und der Arbeitstüchtigkeit in sich tragen würde. Die Kaufkraft des Arbeitseinkommens erscheint bei Berücksichtigung aller in Betracht zu ziehenden Umstände als eine so geringe, daß sich eine weitere Herabminderung in vielen Fällen als unerträglich erweisen müßte.“

Nur die Uhrenindustriellen, die doch gewiß nicht über die Leistungen ihrer Arbeiterschaft und über hohe Löhne klagen können, scheinen allzu leichtfertig an diesen Gründen vorübergehen zu wollen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Uhrenindustrie sind gewiß nicht größer als die anderer Gewerbe. So gute Rechner die Unternehmer auch sein mögen, mit der Herabsetzung der Löhne vergessen sie eins in ihrer Berechnung. Sie berechnen den Lohnanteil am fertigen Produkt mit etwa 40 vH. Bei einer Herabsetzung des Lohnes um 6 vH würde die „Ersparnis“ demnach keine 3 vH ausmachen. Sind die Uhrenindustriellen so kindlich zu glauben, daß sie in diesem Fall tatsächlich die 3 vH einsparen? Noch eine andere Frage ist berechtigt: Lassen sich diese 3 vH nicht leicht am anderen Platze einsparen, wo die Herabminderung der Arbeitsfreude vermieden wird und keine Beunruhigung der Betriebe droht? Wenn man auch mit Ford nicht in allen Dingen einig gehen kann, aber darin hat er unbedingt recht, daß Lohndruck die liederlichste Methode der Betriebsführung ist.

A. Gr.

Wie es nicht gemacht werden darf

In der jetzigen Zeit der Wirtschaftskrise ließ auch die Firma S. in L. die Belegschaft von 150 Mann nur 24 Stunden die Woche arbeiten. Ende November wurde dem Vorsitzenden des Betriebsrates mitgeteilt, daß die Firma sich genötigt sehe, in Kürze nur 12 Stunden die Woche arbeiten zu lassen. Darauf beschlossen die Kollegen, der Firma den Vorschlag zu machen, die — Hälfte der Kollegen zu entlassen. Die Entlassenen würden dann durch die staatliche Erwerbslosenfürsorge mehr verdienen, als in der verkürzten Arbeitszeit. Die Beschäftigungszeit der weiter im Betrieb verbleibenden Arbeiter brauchte dann aber nicht herabgesetzt zu werden. Die Firma ging sofort auf den Vorschlag der Kollegen ein und stellte auch in Aussicht, daß bei Besserung der Wirtschaftslage die entlassenen Arbeiter mit ihren alten Rechten wieder eingestellt werden würden. Von der Firma wurden nun etwa 50 Mann auf die Liste der zu Entlassenden gesetzt, darunter auch die örtlichen Bevollmächtigten des DMV und des Gewerkvereins H.-D., die Leute also, die die Firma sonst nicht hätte entlassen können, weil beide Betriebsratsmitglieder waren, die ohne Zustimmung des Betriebsrates nicht auf die Entlassungsliste gesetzt werden durften. Die im Betrieb verbleibenden Betriebsratsmitglieder als auch die beiden zur Entlassung vorgesehenen Bevollmächtigten waren sich über die Rechtslage so wenig klar, daß ein Einspruch gegen die Entlassung der beiden Betriebsratsmitglieder nicht erheben, sondern durch Unterschrift der Betriebsvertretung der Vorschlagsliste der Firma zugestimmt wurde. Nach der Unterzeichnung merkten die Kollegen auch erst, daß in dem Schreiben nicht, wie die Firma doch in Aussicht gestellt hatte, die Wiedereinstellung der Entlassenen bei einer Beschäftigungsmöglichkeit von 24 Stunden für alle von der Entlassung Betroffenen wieder eintreten solle, sondern erst dann, wenn die normale (54stündige) Arbeitszeit erreicht sei, sollen die Entlassenen nach ihrer Verwendbarkeit wieder eingestellt werden. Kurze Zeit nach Unterzeichnung der Entlassungszustimmung erklärte die Firma, daß ein Auftrag für eine monatelange Arbeit in Aussicht stehe, wenn die Herstellungskosten nicht so hoch seien und die Arbeiter unter ihren jetzigen Zeit- und Akkordlöhnen arbeiten würden. Nun ging den Kollegen endlich ein Licht auf. Sie unterrichteten ihre Organisationen. Leider erfolgte die Anrufung zu spät; denn weder auf Grund des Betriebsrätegesetzes ließen sich die Entlassungen der Betriebsratsmitglieder rückgängig machen, noch auf Grund der Stillegungsverordnung. Die Kollegen waren übers Ohr gehauen worden und die Organisationen hatten Mühe, dem Ansuchen der Firma entgegenzuwirken, untertarifliche Löhne zahlen zu können.

Dieses Beispiel möge zur Warnung dienen.

Die anerkennungswerte Verbandstreue

Der Widerhall der Anregung des Kollegen Fr. L.-Berlin (in Nr. 49 der MZ) möge sich steigern. Es geschieht nicht zu zeitig, daß den Verbandskollegen für eine vieljährige Mitgliedschaft im Statut ein besonderes Recht festgelegt wird. Eine solche Anerkennung käme aber zu spät, geschähe sie erst zu einer Zeit, wenn unter den im Arbeitsverhältnis stehenden Kollegen sich keiner mehr vorfände, dessen Mitgliedschaft in die neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurückreicht. Kollege Fr. L.-Berlin macht im vierten Absatz seiner Zuschrift einen Vorschlag, über dessen Tunlichkeit oder Art und Weise man bis zum nächsten Verbandstag die rechnerischen Grundlagen schaffen kann und sollte. Würde in dem vorgeschlagenen Sinne vom nächsten Verbandstag beschlossen, so könnte man erleben, daß unsere alten Verbandskollegen mit noch größerer Freudigkeit für die Sache, für die sie schon viel geopfert, weiter wirken würden. Ermutigung für die Jüngeren! Man weiß, wie weit zurück die Macht- und Stärkeentwicklung des Verbandes heute noch wäre, wenn die Alten nicht vor Jahrzehnten den Verbandsgedanken aufgegriffen und ihn wacker weitergetragen hätten. Gerade die gegenwärtige Zeit mit dem traurigen Los des Proletariats macht es notwendig, daß die, die einstmals für die Zukunft des Verbandes mutig schafften, arbeitsfreudig bei der Stange bleiben. Wird der oben erwähnte Vorschlag Wirklichkeit, so wird die moralische Wirkung auf die jüngeren Mitglieder segensreich für den Geist und die Schaffenslust der Jungen sein. Wie könnte eine Bewegung, die durch solchen Ansporn belebt wird, jemals Schwächung erleiden. Wir sind ja keineswegs die ersten, die wüßten, daß aus jungen einmal alte Verbandsmitglieder werden. Der Buchdrucker-Verband ist uns hierin längst vorausgegangen. Folglich kannte dieser Verband auch nicht so betrübende Fälle, wie sie im dritten Absatz der Zuschrift des Kollegen Fr. L.-Berlin angeführt sind.

Arno Koch

Mahnung an die Überstundenschieber

Unter dem Stichwort: Betriebsrat und Arbeitszeit bringt Heinz Potthoff in der Nr. 1 der Metallarbeiter-Zeitung eine ausgezeichnete Auslegung der §§ 1, 3, 4 und 6 des BRG und zeigt dabei, wie es möglich ist, daß der Unternehmer die §§ 66 Ziff. 3 und 78 Ziff. 5 zuungunsten der Rechte des Betriebsrates auszulegen vermag. Die Nr. 1 der Metallarbeiter-Zeitung, die diese überaus nützlichen Hinweise enthält, ist auch aus anderen Gründen sehr aufhebenswert. In diesem Zusammenhang will ich etwas anderes betonen: In einer Zeit der tiefsten Not, wo hunderttausende Kollegen brotlos sind, sollte doch jeder anständige Metallarbeiter soviel Solidaritätsgefühl aufbringen, ohne den Rat und ohne Wegweisung von dem Betriebsrat, nur im höchsten Falle acht Stunden zu arbeiten. Kollegen! Sollen erst eure auf der Straße liegenden Kollegen an eurem Willen zur Solidarität verzweifeln? Es ist vorgekommen, daß Kollegen ein Jahr lang freiwillig Überstunden leisteten, während Hunderte vor den Toren der Fabrik standen. Kollegen, besinnt euch, ehe es zu spät ist. Die vor eurer Werkstatt stehenden Genossen könnten sonst leicht eure Feinde werden.

W. E., Köthen

Ein notleidender Bulle. In der Breslauer Volkswacht wird berichtet, daß im Sommer dieses Jahres im Breslauer Schlacht- und Viehhof eine Zuchtviehausstellung stattfand, bei der eines der ausgestellten Tiere die Bewunderung der Besucher erregte. Es war ein Bulle von einem Jahre mit dem anständigen Gewicht von neun Zentnern. Man möchte das für unglaublich halten, ist aber doch davon überzeugt, wenn man erfährt, daß der Bulle täglich neben seinem Mastfutter 20 Eier und 30 Liter gute Milch erhält. Und das zu dem einzigen Zweck, um auf der Ausstellung den ersten Preis zu erhalten. Und nun stelle man sich das Elendsdasein in den minderbemittelten Schichten, besonders der Arbeitslosen und deren Familien vor. Wie gerne möchte da die sorgende Mutter den Kindern auch nur eine Tasse Milch oder ein Ei geben. Sie kann es nicht, weil die Mittel dazu fehlen. Die „notleidende“ Landwirtschaft aber ist in der Lage, mit ihren Tieren Mastkuren zu veranstalten, um auf Ausstellungen dafür eine Auszeichnung in Empfang zu nehmen.

Schriftenschau

Die Arbeiterfrage in Deutschland nach dem Kriege. Von Professor Dr. **Waldemar Zimmermann.** (Schriften der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung; Heft 12.) Preis 2,50 M. Verlag: Gersbach & Sohn, G. m. b. H., Berlin W 35. — Der frühere langjährige Herausgeber der „Sozialen Praxis“ und Generalsekretär der „Gesellschaft für soziale Reform“ beleuchtet in der vorliegenden Schrift die Kernpunkte der gewerblichen Arbeiterfrage in Deutschland nach dem Kriege.

Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Erscheint monatlich. Preis vierteljährlich 3 M. Die Arbeit ist die Schrift des höherstrebenden Gewerkschafters. Verlagsgesellschaft des ADGB, G. m. b. H., Berlin.

Die Drehbank, ihr Aufbau und ihre Handhabung nebst zahlreichen Gleichungstabellen. Dieses bewährte Hilfsbuch für Werkstatt und Fachschule erscheint jetzt nach kürzester Zeit in 7. Auflage, ein Beweis für die große Wertschätzung, deren es sich bei Eisendrehern, Mechanikern, Maschinenschlossern, Werkmeistern und Betriebsleitern und allen, die es werden wollen, erfreut. Die vorliegende neue Ausgabe hat an der anerkannt vorzüglichen Einteilung des Buches nichts geändert, dagegen wurden verschiedene Abschnitte neu bearbeitet und dabei namentlich Neuerscheinungen, wie Sonderdrehbänke, Werkzeuge und Meßgeräte sowie die Fortschritte der Normung der Maschinenteile berücksichtigt. Die zur Unterstützung der Anschauung beigegebenen 290 Abbildungen, Skizzen und Zeichnungen sind durch 49 Bildtafeln ergänzt. Der Verlag der „Technischen Bücher für Alle“ Dieck & Co., Stuttgart, hat das Buch wieder schön ausgestattet, so daß es neben dem Nutzen auch Freude bereitet. Der Preis beträgt 6,50 RM., 8,15 Schw. Fr. und 10,75 S.

Das Färben der Metalle. Eine Anleitung zum Färben aller wichtigen Metalle auf chemischem, elektrochemischem und mechanischem Wege. Für Metalltechniker, Mechaniker, Gold- und Silberarbeiter, Bronzewarenfabrikanten, Metallgießer usw. Von **Friedrich Hartmann.** Mit 14 Abbildungen. 27 Bogen Oktav. Geh. 10 M, in Leinwand geb. 11 M. Band 339 der chemisch-technischen Bibliothek. — **Die Herstellung des Cereisens und die Gewinnung der Chloride der seltenen Erden.** Von Dr. Oswald Gamber. Band 378 der chemisch-technischen Bibliothek. Preis geh. 4 M, geb. 5 M. A. Hartlebens Verlag, Wien I, Singerstr. 12.

Der Vorzeichner für Blech- und Profileisenkonstruktionen von Ing. **P. Hermann.** Ein Schriftchen für die Praxis. Verlag Albert Mahr, München, Karlsplatz 24 II.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag dem 17. Jan. ist der **4.** Wochenbeitrag für die Zeit vom **17.** bis **23. Januar 1926** fällig.

Am 27. Dezember 1925 (1. Woche 1926) traten die durch Beiratsbeschluß festgesetzten Beiträge in Kraft. Dieselben betragen:

Klasse I	Klasse II	Klasse III	Klasse IV	Klasse V
100 ₰	75 ₰	50 ₰	30 ₰	10 ₰

Wir ersuchen die Mitglieder um bessere Beachtung des § 4 Abs. 4 und 5 des Statuts. Jedes Mitglied ist verpflichtet, sich vor Annahme ihm angebotener Arbeit bei der Verwaltungstelle, in deren Wirkungsbereich die Arbeit aufgenommen werden soll, darüber zu vergewissern, ob der Arbeitsannahme Gründe entgegenstehen.

Bei Aufenthaltswechsel ist jedes Mitglied verpflichtet, sich innerhalb 14 Tagen bei der bisherigen Ortsverwaltung ab- und in gleicher Weise am neuen Aufenthaltsort anzumelden.

Keine Ortsverwaltung darf die Anmeldung von Mitgliedern annehmen, die dieser Bestimmung nicht vollauf genügt haben.

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit † bezeichneten Verwaltungstellen **Reisegeld erheben. Das Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.**

Stuttgart, Rötestraße 16. **Der Verbandsvorstand.**

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten:

von **Feilenarbeitern** nach Berlin L.;
von **Metallarbeitern aller Branchen** nach Detmold (Lippische Metallindustrie) M; nach Quedlinburg.

L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A. = Aussperrung.

Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötestraße 16.